

Unselbstständiger Entschließungsantrag (§ 51 GeoLT)

freigegeben am 30.05.2025, 11:59:31

Landtagsabgeordnete(r): LTAbg. Sandra Krautwaschl (Grüne), LTAbg. Lambert Schönleitner (Grüne), LTAbg. Veronika Nitsche, MBA (Grüne)

Regierungsmitglied(er): Landesrat Dipl.-Ing. Willibald Ehrenhöfer

Zu Tagesordnungspunkt 1

Betreff:

Einnahmen sichern, Ausgaben vermeiden - Realpolitische Wege für ein Budget mit Weitsicht

Anlässlich der Darlegung des Landesbudgets 2025 zeigte sich der zuständige Finanzlandesrat Willibald Ehrenhöfer betroffen über die triste budgetäre Lage der Steiermark, er sparte nicht mit Kritik an seinen Vorgänger:innen und legte dennoch ein Budget vor, das im Wesentlichen eine Fortschreibung jener Zustände darstellt, die uns in die missliche aktuelle Lage gebracht haben: desaströse Fehlsteuerungen werden nicht korrigiert (Stichwort Pflege, Stichwort Gesundheitsversorgung), längst überholte, sündteure infrastrukturelle Irrwege werden munter wiederholt (Stichwort Straßenbau) und auf gerechte Einnahmen, die in anderen Bundesländern längst selbstverständlich eingenommen werden, verzichtet die Steiermark weiterhin ohne erkennbaren Grund (Stichwort Ressourcenabgabe, Stichwort Mobilitätslenkungsabgabe).

Um zu veranschaulichen, welche Auswirkungen die jahrzehntelangen systematischen Fehlentwicklungen auf den Landeshaushalt haben, hier eine kurze Einordnung: Die Steiermark wird weiterhin nach Wien jenes Bundesland mit den höchsten Ausgaben für Pflege- und Betreuungsdienste sein. Mittlerweile sind wir an dem Punkt, dass die Budgetmittel für die stationäre Pflege auf rund 754 Mio. Euro angewachsen sind. Das Globalbudget „Gesundheit und Pflegemanagement“ beträgt mehr als 2 Milliarden Euro, rund 166 Mio. Euro mehr als im Vorjahr. Und allein von diesen rund 166 Mio. Euro ist fast die Hälfte für die stationäre Pflege vorgesehen. Warum ist das so? Weil wir in der Vergangenheit Weltmeister darin waren, neue Pflegeheime zu bauen, während wir mobile Leistungsangebote nur unzureichend ausgebaut haben. Ein direkter Vergleich mit Niederösterreich macht diese kostspieligen Fehlsteuerungen deutlich: Im Jahr 2023 betragen die Nettoausgaben für die stationäre Pflege in der Steiermark 412 Mio. Euro, in Niederösterreich 308 Mio. Euro. Gleichzeitig wurden in Niederösterreich 32.464 Personen in der mobilen Pflege mit 3,46 Mio. Leistungsstunden betreut, in der Steiermark 25.696 mit 1,41 Mio. Leistungsstunden.

Auch der Bau längst überholter Straßenbauprojekte kostet sowohl in der Errichtung als auch in der Erhaltung hunderte Millionen Euro, die anderswo fehlen. Bereits im Oktober 2017 wurden nur die Baukosten für die Projekte B68 und B70 auf 117 Mio. Euro geschätzt. Diese Straßen müssen auch erhalten werden – das steirische Straßennetz (das größte in ganz Österreich) - verschlingt schon jetzt Unsummen. Auch für 2025 ist ein Straßenbaubudget von 84 Mio. Euro für Neubau und Sanierungen vorgesehen, wovon 21 Mio. Euro explizit für Neubaumaßnahmen vorgesehen sind. Der Sanierungsrückstand im steirischen Landesstraßennetz beträgt bereits jetzt annähernd 500 Mio. Euro. Es ist wirtschaftlich und budgetär grob fahrlässig, weitere Straßenneubauprojekte zu forcieren, während die bestehende Straßeninfrastruktur verfällt, weil die Sanierung schon jetzt nicht mehr ausreichend finanzierbar ist.

Einnahmenseitig bäckt die Steiermark demgegenüber im Vergleich zu anderen Bundesländern verhältnismäßig kleine Brötchen: so wird hierzulande sowohl auf die in Wien seit Jahrzehnten etablierte Nahverkehrserregerabgabe (in Wien bereits 2018 Einnahmen iHv 67,36 Mio. Euro) als auch auf die in anderen Flächenbundesländern völlig selbstverständliche Abgabe für Ressourcenverbrauch verzichtet (in Niederösterreich bereits 2019 Einnahmen iHv 4,2 Mio. Euro). Das Bundesland Salzburg zeigt mit der Anhebung der Nächtigungsabgabe zudem, dass auch Tourist:innen durchaus dazu bereit wären, einen gerechten Beitrag für ihr Vergnügen in unserem wunderschönen Bundesland zu leisten. Die verfassungsrechtlich nunmehr eingeräumte Möglichkeit, die Zweitwohnsitzabgabe auf eine sinnvolle Höhe anzuheben, lässt die Steiermark ebenfalls aus.

Schließlich ist die Landesregierung gefordert, endlich Bemühungen für eine bundesländerübergreifend einzuführende LKW-Maut auf Landes- und Gemeindestraßen zu beginnen. Bemühungen der Landesverkehrsreferent:innen 2016 verliefen leider im Sand, immerhin wurden schon damals österreichweite Einnahmen iHv 577 Mio. Euro errechnet. Vorbild muss dabei die Schweiz sein, die über eine leistungsabhängige LKW-Maut auf allen Straßentypen verfügt. Alle LKW und Anhänger mit einem Gesamtgewicht von über 3,5 Tonnen müssen die Maut zahlen. Die Tarife hängen von der Emissionsstufe des Fahrzeugs ab. Ab 2026 wird die Mauterhebung vollständig digitalisiert eingehoben.

Beinahe alle angeführten Maßnahmen haben neben den überaus positiven Auswirkungen auf den Landeshaushalt auch begrüßenswerte Lenkungseffekte, weshalb sie sich gleich doppelt lohnen würden.

Aufhorchen ließ Landesrat Ehrenhöfer mit der Bitte (auch) an die Opposition, sie möge Ratschläge liefern "Aber nicht nur, um noch mehr Geld auszugeben, sondern Ideen, wo man einsparen kann" (APA, Debatte um Budgetvorlage im steirischen Landtag, APA0224, 29.04.2025). Auf der einen Seite verwundert diese Bitte, schließlich haben die Grünen in den vergangenen Jahren viele Initiativen eingebracht, die bei entsprechender Umsetzung durch die Regierungsparteien längst zu einer nachhaltigen Verbesserung der finanziellen Lage geführt hätten. Vom geforderten Stopp für sündteure und längst überholte Straßenbauprojekte, wie etwa der B70 oder der B68, über die ebenfalls seit vielen Jahren geforderte, dringend notwendige Umsteuerung von der in der Steiermark völlig aus dem Ruder gelaufenen stationären Pflege zu einer humaneren und auch effizienteren mobilen Pflege bis hin zu klugen einnahmenseitigen Maßnahmen nach dem Verursacherprinzip. An dieser Stelle seien beispielhaft die von den Grünen längst beantragte LKW-Maut, die Ressourcenabgabe, der Naturschutz-Euro, die Anhebung der Zweitwohnsitzabgabe oder auch die Stellplatzabgabe für Einkaufszentren genannt.

Auf der anderen Seite ist es aber jedenfalls hoch erfreulich, dass der neue Finanzlandesrat seine Hand in Richtung Opposition ausstreckt und diese auffordert, Vorschläge für eine Konsolidierung des zerrütteten Landeshaushalts zu liefern. Dieser Bitte kommen wir hiermit gerne nach, erwarten uns allerdings selbstverständlich auch eine seriöse und ernsthafte Auseinandersetzung mit diesen Vorschlägen. Spätestens jetzt sollte es das gemeinsame Anliegen aller im Landtag vertretenen Parteien sein, längst überfällige strukturelle Reformen umzusetzen, längst überholte Fehlsteuerungen nicht weiter fortzuschreiben und zielführende einnahmenseitige Maßnahmen zu setzen.

Es wird daher der

Antrag

gestellt:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, zur Konsolidierung des Landesbudgets 2026

1. konkrete Vorschläge für folgende einnahmenseitige Maßnahmen zu erarbeiten und dem Landtag darüber Bericht zu erstatten:

1. eine LKW-Maut auf Landes- und Gemeindestraßen,
 2. eine Mobilitätsabgabe,
 3. eine Stellplatzabgabe bei EZ auf der grünen Wiese,
 4. eine Abgabe auf die Nutzung von Ressourcen und
 5. eine Anhebung von Nächtigungs- und Zweitwohnsitzabgabe;
2. zu prüfen, welche (auch langfristigen) budgetäre Auswirkungen eine strukturelle Umsteuerung des Langzeitpflegewesens entsprechend dem Grundsatz "mobil vor stationär" mit sich bringen würden, und dem Landtag darüber Bericht zu erstatten, sowie
 3. von längst überkommenen Straßenneubau-Projekten (wie etwa der B68 sowie der B70) Abstand zu nehmen.